

6. Die endgültige Etablierung der Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik

6.1 Der Siegeszug der Betriebswirtschaftslehre

Die 1949 gegründete Bundesrepublik stand vor einer politisch und wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Die industriellen Kapazitäten waren zwar keineswegs in dem Umfang zerstört, wie man in der beliebten Legende von der „Stunde Null“ annahm, doch galt es, eine Fülle von Problemen gleichzeitig zu bewältigen: Das kapitalistische System, das im Nationalsozialismus trotz aller Änderung der Rahmenbedingungen weiter bestanden hatte, galt als diskreditiert; die Versorgung der Bevölkerung war in vielen Bereichen, insbesondere beim Wohnen, sehr prekär; die Arbeitslosigkeit hielt sich wegen des weitgehenden Zusammenbruchs bisheriger wirtschaftlicher Strukturen und des Zustroms von Millionen von Flüchtlingen auf einem hohen Niveau. Unter den wachsamen Augen der Alliierten sollte eine neue Wirtschaftsordnung installiert werden, die an das frühere wirtschaftlichen System der Weimarer Republik anknüpfte, aber auch dessen Schwächen vermied, um sozialistischen Gegenentwürfen den Boden zu entziehen. Das Ergebnis war das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das vor allem auf Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard zurückging. Wissenschaftlich wurde der Anschluss an die internationale Diskussion gesucht, die sich mittlerweile vor allem auf den Gebieten der Gleichgewichtsökonomie, der Kreislauf-, Beschäftigungs- und Wachstumstheorie weiterentwickelt hatte (vgl. Henning 1993, S. 185; Brandt 1993, S. 466). In der Folge wurde der spektakuläre wirtschaftliche Aufschwung der 1950er Jahre in enger Verbindung mit dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ gesehen, was dafür sorgte, dass sich das Ansehen der Volkswirtschaftslehre im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt wieder stark verbesserte.

In der Betriebswirtschaftslehre sah keiner ihrer damaligen Vertreter die Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung. Wie auch in anderen Wissenschaften grenzte man sich zwar allgemein von der Phase des Nationalsozialismus ab, ließ jedoch bei Rückblicken auf die Geschichte der Hochschulen die Zeit des „Dritten Reiches“ einfach in einem Zeitloch verschwinden, aus dessen Abgrund nur gelegentlich „der Krieg“ herausragte. Dieser hatte tragische, aber nicht näher erklärte Zerstörungen angerichtet – unter anderem das Gebäude der früheren Handelshochschule. Im Jahr 1956, zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Berliner Handelshochschule, erschien in diesem Sinn eine Festschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute, mit der man auf die bisherige Entwicklung

zurückblicken und die daran beteiligten Personen würdigen wollte. In dieser Schrift ist zu erfahren, dass um 1930 mehrere Institute ausgebaut wurden: Moritz J. Bonn leitete ein Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Konrad Mellerowicz richtete ein Seminar für die Betriebslehre des Verkehrs ein. Wie unterschiedlich die Schicksale der beiden danach verliefen, findet jedoch mit keinem Wort Erwähnung. In einer Galerie von „Lebensbildern“ der früheren Dozenten finden sich Seite an Seite, in scheinbar friedlicher Eintracht, die Portraits von denen, die vertrieben wurden, und von denen, die im „Dritten Reich“ einen steilen Aufstieg erlebten.¹ Auch Heinrich Nicklisch, der seine Arbeit stets als Beitrag zur Festigung des Nationalsozialismus verstanden hatte, wurde damals, zusammen mit Friedrich Leitner, von Erich Kosiol als „Wegbereiter der Betriebswirtschaftslehre“ gewürdigt. Es gelte, „am begonnenen Werke“ der beiden Betriebswirtschaftler weiterzubauen (vgl. Ein Jahrhundert ... 1956, S. 139, 142, 196, 200).

Der Nationalsozialismus hatte die Anerkennung der Betriebswirtschaftslehre als akademische Disziplin gefördert, dennoch stand ihre wissenschaftliche Fundierung noch aus. In einer Rede im Jahr 1957 stellte Erich Gutenberg fest, man habe der Betriebswirtschaftslehre häufig den Vorwurf gemacht, ihrem Gegenstande fehle die

„Geschlossenheit (...) einer großen wissenschaftlichen Konzeption (...). Man könne ihren wissenschaftlichen Raum noch nicht schlüssig genug von irgendeinem, im Rahmen ihres Forschungsbereiches liegenden Punkt aus durchdenken. So zeige die Disziplin, wenigstens von außen gesehen, eine gewisse Uneinheitlichkeit. Ihr haften noch etwas Zerflatterndes an.“ (Gutenberg 2002, S. 20)

Er selbst unternahm mit seinen dreibändigen *Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre* den Versuch, diesen „wissenschaftlichen Raum“ deutlicher zu strukturieren. Im Jahr 1951 erschien *Die Produktion*, 1955 folgte *Der Absatz*, 1969 *Die Finanzen*. Gutenberg knüpfte an die neoklassische Mikrotheorie an (später verwarf er allerdings deren Ertragsgesetz), womit er der Betriebswirtschaftslehre als Teildisziplin einen Platz innerhalb des wirtschaftswissenschaftlichen Theoriegebäudes verschaffte. Er rückte die Produktionstheorie in den Mittelpunkt, wobei der Betrieb für ihn eine Kombination von Elementarfaktoren darstellte,

1 Moritz J. Bonn wurde 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft aus allen Positionen entlassen (dazu gehörte auch seine Tätigkeit als Berater für die Reichsbank) und emigrierte nach London, wo er an der London School of Economics arbeitete, später an mehreren US-amerikanischen Universitäten (Hagemann/Krohn o.J., S. 28). Konrad Mellerowicz wurde 1934 an der Berliner Handelshochschule Ordinarius, ab 1938 Nachfolger Friedrich Leitners für Allgemeine und Industrielle Betriebswirtschaftslehre. Im Jahr 1950 begründete er die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der TU Berlin, wo er bis zu seiner Emeritierung 1959 lehrte (TU Berlin o.J.).

die durch bewusste Handlungen des „dispositiven Faktors“ entsteht. Er wollte aufzeigen, in welcher Weise die Wirkungsweise sämtlicher Faktoren vom gesellschaftlichen System abhängt oder aber systemunabhängigen Gesetzen folgt. Vor allem gelte es, die Beziehungen zwischen Faktoreinsatz und Faktorsertrag, also Typen von Produktionsfunktionen, zu bestimmen.

Rühli zufolge ist Gutenbergs Theorie als „idealtypische ökonomische Theorie der Unternehmung“ aufzufassen – ihr hoher Abstraktionsgrad brachte ihr daher den Vorwurf der Realitätsferne ein (Rühli 2002, S. 119). Demgegenüber hat sich Gutenbergs Konzept für bestimmte praktisch orientierte Ansätze als weiterführend erwiesen, so etwa seine Überlegungen zum Marketing Mix (Albach 2002b, S. 149). Anders als die ältere Lehre ließ Gutenberg die Betriebswirtschaftslehre wieder bei Gütermengen anfangen, was Hundt zu der Frage führte:

„Hatte diese erst voller Mühe und unter schweren Widersprüchen ihren eigentlichen Untersuchungsgegenstand, nämlich den *wirtschaftlichen* Betrieb, konstituiert, so macht sich Gutenberg daran, gerade das Ökonomische der Analyse des Betriebsprozesses wieder zu eliminieren. Liefert er damit nicht die Betriebswirtschaftslehre wieder den Ingenieuren aus?“ (Hundt 1977, S. 143)

Aber mittlerweile war das Fach so weit verankert, dass man sich diese Annäherung wieder leisten konnte. Gutenbergs Theorie wurde für die 1960er und 1970er Jahre prägend. Sie rief allerdings auch Widerspruch und den Ruf nach verhaltens- bzw. sozialwissenschaftlichen Ergänzungen hervor, während die Sozialwissenschaften bis dahin als „Hilfswissenschaften“ in einem Nebenraum abgestellt worden waren. Besonders prominent wurde der entscheidungsorientierte Ansatz, den Gutenbergs Schüler Edmund Heinen in Anlehnung an Herbert Simon konzipierte (Rühli 2002, S. 124ff.). Auch die Organisationswissenschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg als eigenes Fach in Erscheinung trat, öffnete sich seit den 1960er Jahren soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen (Frese 2002, S. 232f.).

Wie an den Vorlesungsverzeichnissen und Prüfungsordnungen der 1949 entstandenen FU zu sehen ist, erfolgte der Aufstieg der Betriebswirtschaftslehre vor allem auf Kosten der Propädeutik. Hatten die propädeutischen Fächer an der Berliner Handelshochschule Mitte der 1920er Jahre noch mehr als 50% der Lehrveranstaltungs-Stunden ausgemacht, so wurden sie nun auf die hinteren Ränge verwiesen. Dagegen nahm die Bedeutung betriebswirtschaftlicher Fächer gegenüber dieser Zeit zu, wenngleich sie weniger ausgeprägt war als während des Nationalsozialismus. Die Angebote zu volkswirtschaftlichen Themen waren in den 1920er Jahren bedeutend, in der Handelshochschule von 1938/39 jedoch auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschrumpft. Bis in die 1980er Jahre konnten sie ihren Stellenwert wieder behaupten, sahen sich aber seit den 1990er Jahren von der Betriebswirtschaftslehre überflügelt. Im WS 1999/2000 verhielt sich an der FU Berlin das Verhältnis der Lehrveranstaltungsstunden von Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre 31% zu 39%.

Tab. 10: Vorlesungsverzeichnis der FU Berlin, Anteil der angebotenen Semester-Wochenstunden für sämtliche wirtschaftswissenschaftlichen Fächer (in Prozent) 1954-1995

Semester	VWL	BWL	Propädeutik ¹	Wirtschafts- mathematik, EDV	Rechts- und Sozialwissenschaft ²
WS 1954/55	21	14	37	7	21
WS 1964/65	17	27	7	5	43
WS 1974/75	43	34	5	7	11
WS 1984/85	43	25	4	11	17
WS 1994/95	32	35	1	14	18

1 Buchführung und -abschluss, Kalkulation, Wirtschaftsrechnen; 2 Soziologie, Wirtschaftsgeschichte

Quelle: Eigene Auswertung anhand der veröffentlichten Vorlesungsverzeichnisse

Die Betriebswirtschaftslehre war in der Nachkriegszeit West-Berlins aber nicht auf die Universitäten beschränkt. Neben der universitären Neugründung der FU nach der Teilung Berlins entstanden weitere Ausbildungseinrichtungen unterhalb der Universitätsebene: zuerst 1952 das Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde, das sich als Nachfolgeorganisation der Berliner Handelshochschule verstand, faktisch aber nur ein Außeninstitut der früheren wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität darstellte und ein Abendstudium für Berufstätige anbot. Ab 1964 kam die Höhere Wirtschaftsfachschule dazu, an der ein betriebswirtschaftliches Tagesstudium absolviert werden konnte. An beiden Einrichtungen machten die betriebswirtschaftlichen Fächer den Großteil aller Lehrveranstaltungen aus (Schmidt 2004, S. 113ff.).

Seit Ende der 1960er Jahren verstärkten sich die Bemühungen, neue Wirtschafts-Hochschulen ins Leben zu rufen. Die zunehmende Beliebtheit wirtschaftswissenschaftlicher (und vor allem betriebswirtschaftlicher Studien) ließ Erich Gutenberg bereits 1957 das „Problem der Vermassung“ beklagen und führte ihn in Bezug auf die Studierenden zu der banger Frage: „Wird ihnen die Universität noch jenes geistige Erlebnis, das sie doch vielen von uns gewesen ist?“ (Gutenberg 2002, S. 26) In der Tat wollte man der anhaltenden Überfüllung der Universitäten mit der Schaffung eines neuen Hochschultyps begegnen; mit Fachhochschulen, in denen die Lehre und die Anbindung an die Praxis im Vordergrund stehen sollten. Die ersten entstanden 1969 in Flensburg, Kiel und Lübeck, die Berliner Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) im Jahr 1971 (Schmidt 2004, S. 150). Das Ziel dabei war, wie es in einer Expertise Anfang der 1980er Jahre formuliert wurde, AbsolventInnen für unterschiedliche Einsatzfelder zu qualifizieren:

„Während der Universitätsabsolvent nach wie vor eher als zukünftige Führungskraft gesehen wird, findet der Fachhochschulabsolvent mehr auf der herausgehobenen Sachbearbeiterebene Verwendung.“ (Zit. nach Hummel 1984, S. 95)

Die Wege der einzelnen Fachhochschulen entwickelten sich dabei durchaus unterschiedlich. Während einige auf eine möglichst enge Spezialisierung für bestimmte Branchen setzten, verfolgte etwa die Berliner FHW einen interdisziplinären Ansatz, bei dem Volkswirtschaftslehre, Recht, Soziologie sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte ihren Platz neben der Betriebswirtschaftslehre behaupteten und in dieser Breite somit dem Fächerspektrum der früheren Berliner Handelshochschule nahe kamen, wobei allerdings die damals nur rudimentär entwickelte Betriebswirtschaftslehre gegenüber früher sehr viel stärkeres Gewicht hatte (Schmidt 2004, S. 150ff.).

Tab. 11: Professorenstellen in einzelnen betriebswirtschaftlichen Fächern 1977 und 1989

Stellen	1977	1989
< 5	Planung	
05-10	Controlling Logistik Öffentliche Betriebe Versicherungen Unternehmensführung Sonstige Gebiete	Controlling Versicherungen
11-15	Rechnungswesen	Logistik Öffentliche Betriebe Planung
16-20	Produktion	Sonstige Gebiete
21-25	Banken Organisation und Personalwesen/Personalwesen Finanzwirtschaft Steuerlehre	Banken Organisation und Personalwesen/Personalwesen
26-30	Organisation Wirtschaftsinformatik Wirtschaftsprüfung u. Steuerlehre/ Wirtschaftsprüfung	Wirtschaftsprüfung u. Steuerlehre/Wirtschaftsprüfung
31-35	Unternehmensforschung	Produktion Unternehmensforschung Unternehmensführung
36-40	Industriebetriebslehre	Industriebetriebslehre Organisation Rechnungswesen Steuerlehre
41-45	Allgemeine Betriebswirtschaftslehre	
46-50	Marketing	
51 und mehr		Allgemeine Betriebswirtschaftslehre Wirtschaftsinformatik Finanzwirtschaft Marketing

Quelle: Gaugler 1992, S. 456, eigene Zusammenstellung

Die wachsende Beliebtheit des Fachs Betriebswirtschaftslehre führte in den 1960er und 1970er Jahren dazu, dass die Zahl der Ordinarien an den Universitäten stark zunahm. Hatte es in den 1930er Jahre etwa 30 Professuren gegeben, so stieg deren Zahl in der Bundesrepublik im Jahr 1970 auf 128, bis 1989 auf 517 (Gaugler 1992, S. 453f.). Das rasante quantitative Wachstum war von einer starken Ausfächerung der Inhalte wie der Methoden begleitet. Auch änderte sich das Gewicht einzelner Fächer.

Absolut an Stellen eingebüßt haben in dieser Zeit zwei Fächer, die typische Vertreter der herkömmlichen Branchenbetriebslehren repräsentierten: die Banken- und die Industriebetriebslehre. Die stärksten Zuwächse erzielten demgegenüber die Fächer Wirtschaftsinformatik, Finanzwirtschaft, Rechnungswesen und Marketing. Bereits 1977 lag das Fach Marketing an der Spitze der Zahl der Professuren. Aber auch die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre konnte ihre dominante Stellung nicht nur behaupten, sondern sogar ausbauen (Gaugler 1992, S. 456). Eindeutige „Sieger“ dieser Entwicklung sind somit die Funktionslehren, während die Wirtschaftszweiglehren ihre über Jahrzehnte gefestigte Stellung aufgeben mussten. Bisher hatte insbesondere die alteingeführte *Absatzlehre* eine bescheidene Existenz als arme, aber immerhin geduldete Untermieterin in dem weitläufigen Gebäude gefristet, in dem das Rechnungswesen fast sämtliche Räume in Beschlag genommen hatte – als modernes *Marketing* verließ sie dieses Schattendasein.

Der Hintergrund dafür lag in Veränderungen innerhalb der Unternehmen. So waren Personalabteilungen in den 1950er Jahren noch „hauptsächlich damit beschäftigt, die Personalakten zu pflegen, die Lohnbuchhaltung zu machen und sich um disziplinarische Angelegenheiten zu kümmern“, in der betrieblichen Hierarchie aber nicht besonders hoch angesiedelt. Das änderte sich seit den 1960er Jahren mit expandierenden Personalressorts:

„Das Leitungspersonal war teilweise bis zur höchsten Hierarchieebene angesiedelt und erhob nun den Anspruch, dass neben technischen und kaufmännischen Aspekten ebenso der ‚Faktor Personal‘ konstitutiver Bestandteil der Unternehmenspolitik und Unternehmensführung sei.“ (Rosenberger 2005, S. 66f.)

Betriebspsychologen und Personalexperten hatten seit den 1950er Jahren Institute und Zeitschriften begründet, mit denen die Verwissenschaftlichung der Disziplin betrieben wurde – dies war der Hintergrund dafür, dass ihre Funktion in den Unternehmen nun als eine wichtige Aufgabe wahrgenommen wurde, die von professionell geschulten MitarbeiterInnen ausgefüllt werden musste. Als eigentliches „Geburtsjahr“ der Disziplin gilt das Jahr 1961, als die erste Professur für „Personalwesen und Arbeitswissenschaft“ eingerichtet wurde und das erste Personal-Lehrbuch *Das betriebliche Personalwesen* von Josef Kolbinger erschien. Mit dem Bedeutungszuwachs der Personallehre entspannen sich auch

Diskussionen über deren wissenschaftliche Fundierung, die von den einen in der Mikroökonomie, von anderen in der Verhaltenswissenschaft gesehen wurden. Ihnen folgten weitere Kontroversen, inwieweit etwa außer der Perspektive des Unternehmens auch diejenige der Beschäftigten zu berücksichtigen sei: „Interessenmonismus oder -pluralismus?“ (Krell 1998, S. 226). Seit den 1970er Jahren stagnierte der Ausbau der Personallehrstühle allerdings.

Eine sehr viel steilere unternehmensinterne Karriere erfuhr das Marketing, das sein zunehmendes Gewicht den Änderungen auf den Absatzmärkten verdankte: Mit wachsendem Wohlstand und schärferer Konkurrenz verkauften sich Produkte nicht mehr „von selbst“, konnten die Anbieter immer weniger die Konditionen festlegen und sahen sich gezwungen, ihre Sichtweise zu ändern: „(...) von der Innen- zur Außensicht, vom Produkt des Herstellers zum Problem des Kunden“ (Sabel 1998). Die zunehmende Bedeutung des Faches führte zu internen Ausdifferenzierungen, da sich die Kundschaft auf dem Markt der Konsumgüter grundlegend von Abnehmern in der Industrie unterschied und für industrielle Produkte andere Bedingungen galten als für Dienstleistungen. So entwickelten sich als Teilgebiete dieser Disziplin unter anderem die Konsumentenforschung, das Handelsmarketing und das Strategische Marketing. Einige dieser Teilgebiete, wie die Konsum- und Absatzforschung, konnten auf Traditionen aus der Zeit des Nationalsozialismus zurückblicken – die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) etwa wurde 1935 in Nürnberg gegründet. Andere Gebiete wie Internationale Märkte, Non-Profit-Marketing oder Meta-Marketing stellten demgegenüber neue Orientierungen dar. Im selben Zug vervielfachten sich die theoretischen Ansätze jenseits der Mikroökonomie, so dass ein Beobachter bereits 1983 eine „Flucht der Marketinglehre von der Wirtschaftstheorie“ kritisierte (zit. nach Sabel 1998, S. 108).

Auch bereits früher etablierte Gebiete wie das Rechnungswesen erlebten grundlegende Änderungen. Neue Konzepte wie das *Direct Costing* und die Prozesskostenrechnung setzten sich durch und die Perspektive verlagerte sich mehr und mehr von der Kostenrechnung auf das Kostenmanagement. Das externe Rechnungswesen stand, unter anderem wegen der Aktienrechtsreform von 1965, gleichfalls vor neuen Anforderungen, für die Edmund Heinen die Mehrzweckbilanz entwickelte. Eine Erweiterung der bisherigen Sichtweisen entstand durch den *Controlling*-Gedanken, worunter man zunächst nicht mehr als die Zusammenfassung von Planungs- und Kontrollrechnung verstand, mit dessen zunehmender Durchsetzung aber zusätzlich die Aufgabe, umfassend Informationen zu beschaffen und zu koordinieren. Mit der wachsenden Emanzipation der Funktionslehren zerfiel der weitgehend einheitliche Kanon der Lehrmeinungen und in den Funktionslehren selbst wurde eine Vielzahl von Ansätzen nebeneinander vertreten – wie es etwa für den Bereich Finanzierung die Diskussionen der 1970er und 1980er Jahre um die Irrelevanzthese, die Portfoliotheorie, das *Capi-*

tal Asset Pricing Model oder die Arbitrage Pricing Theory zeigen (Meffert 2002, S. 137, 146ff.).

Um über reine Klassifizierungsschemata und verallgemeinerte Erfahrungssätze hinauszukommen, gab es innerhalb der Spezialdisziplinen in einigen Fällen mehr als zuvor eine Auseinandersetzung mit übergreifenden Theorien, insbesondere mit der Neuen Institutionenökonomik, aber auch mit formal-mathematischen Modellen und mit empirischen Erfahrungen. Anfang der 1990er Jahre machte Horst Albach nicht weniger als elf unterschiedliche Ansätze aus, die „weitgehend ohne Bezug zueinander und meist im Widerspruch gegeneinander“ in der Betriebswirtschaftslehre verfolgt würden: darunter der entscheidungstheoretische, der koalitionstheoretische, der handlungstheoretische, der verhaltenswissenschaftliche und der systemorientierte Ansatz (Albach 2002a, S. 39). Stärker als früher sind manche Fächer auch Moden unterworfen – so wurden etwa die Produktzyklen einzelner Management-Konzepte, wie Alfred Kieser gezeigt hat, in den letzten Jahrzehnten immer kürzer (Kieser 1996).

Zusätzlich zu den bisherigen Vertiefungen des Faches wurden als Reaktion auf einschneidende reale Veränderungen des Wirtschaftslebens neue Querschnittsfächer entwickelt: im Zuge der zunehmenden Internationalisierung das Fach Internationales Management, im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Medien das Fach Wirtschaftsinformatik (Köhler 2002, S. 361; Macharzina 2002, S. 493ff.).

Demgegenüber hinterließen die bewegten Jahre um 1968 in der Betriebswirtschaftslehre weniger Spuren als in anderen Disziplinen. Vereinzelt gab es Bestrebungen, grundsätzlich neue Sichtweisen durchzusetzen, wie das Konzept der „Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre“, das vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB erarbeitet wurde (1973). Ausgangspunkt war, ähnlich wie in den Diskussionen der 1920er Jahre, die Kritik an der Betriebswirtschaftslehre als „Hilfswissenschaft der Unternehmer“. Mit diesem Ansatz sollten auch andere Interessengruppen der Gesellschaft, etwa Mitarbeiter oder Konsumenten, einbezogen werden. Weitere Anstöße kamen von Umweltgruppen, deren Anliegen lange Zeit in der Betriebswirtschaftslehre nur vereinzelt ihren Niederschlag fanden, so etwa in den 1990er Jahren in einem Studienreformprojekt „Ökologische Aspekte der Betriebswirtschaftslehre“ an der TU Berlin. Größere Resonanz erhielten solche Neuorientierungen im Zusammenhang mit den Debatten um *business ethics* und der Gegenüberstellung von *shareholder-* und *stakeholder-*Perspektiven, die sich in der Betriebswirtschaftslehre unter anderem in Forderungen nach einer „umweltorientierten Unternehmensführung“ niederschlugen (Hopfenbeck 1999). Schließlich stieß auch die Frauenbewegung fallweise Diskussionen in dem Fach an – bisher am stärksten bei der Personallehre. Gertraude Krell stellte bei Befragungen ihrer KollegInnen fest, dass sich frauen- oder genderbezogene Fragen in den letzten Jahrzehnten

überwiegend im Rahmen folgender Themenkomplexe etabliert haben: Führungskräfte und -positionen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Chancengleichheit und Frauenförderung (Krell/Karberg 2002, S. 288ff.).

Wie hat sich der Aufstieg zur „Königsdisziplin“ aber auf den Kern des Faches, die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre ausgewirkt? Weiter oben wurde festgestellt, dass die Zahl der Lehrstühle mit dieser Denomination in den 1980er Jahren zugenommen hat. Auch Albach meinte 1993 anhand einer Auszählung der Aufsätze in der Zeitschrift für Betriebswirtschaft nach ihren fachlichen Schwerpunkten von 1979 bis 1992 eine wachsende Bedeutung der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre zu erkennen. Bei genauerem Hinsehen besagen seine Daten allerdings lediglich, dass der Anteil von Aufsätzen, die der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre gewidmet waren, im Durchschnitt rund 16% betrug und sich über die Jahre, mit Ausnahme eines einsamen Maximums 1985, kaum geändert hat. Bei einem Wert von 17% für 1992 gegenüber 16% für 1979 ist eine erheblich zunehmende Bedeutung jedenfalls schwer zu erkennen (Albach 2002a, S. 40f.).

Dem entspricht, dass in den letzten Jahrzehnten, außer Dieter Schneider, kaum noch ein namhafter Autor versucht hat, eine geschlossene Gesamtdarstellung der Betriebswirtschaftslehre vorzulegen (Schneider 1995, 1997a, 1997b, 2001; Picot 2002, S. 167). Statt dessen erschienen Standard-Lehrbücher, die bereits Generationen von Studierenden begleitet haben, in weiteren überarbeiteten Auflagen, wie Günter Wöhles *Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre* im Jahr 2002 in der 21. Auflage. Demgegenüber befindet sich Gutenbergs Stern seit den 1980er Jahren im Sinken. Die letzten Neuauflagen seiner drei Bände der Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre erfolgten Mitte der 1980er Jahre.

Die wachsende Pluralität der Methoden und der theoretischen Ansätze, die stetige Ausfächerung in Spezialisierungen, Unterspezialisierungen und Querschnittsdisziplinen passten immer weniger unter ein gemeinsames Dach. Bereits 1980 stellten die Autoren einer Expertise zur Studienreform in den Wirtschaftswissenschaften fest:

„Unbestritten hat diese Differenzierung in einzelne Funktions- und institutionelle Bereiche den Zuwachs an speziellem Wissen gefördert. Gleichzeitig aber resultiert daraus auch die Gefahr einer Zergliederung des Erkenntnisobjektes Wirtschaft, und zwar nicht nur in einen betriebswirtschaftlichen und einen volkswirtschaftlichen Bereich, sondern darüber hinaus auch in weitere Teilfelder des eigentlichen Erkenntnisobjektes, die dann einer Integration nur mehr schwer oder überhaupt nicht mehr zugänglich sein können.“ (Zit. nach Hummel 1984, S. 91)

Ähnlich diagnostizierte Bruno Tietz zu Beginn der 1990er Jahre eine „Konfettisierung der Wissenschaft“ (zit. nach Köhler 2002, S. 376).

6.2 Wandlungen der Volkswirtschaftslehre

Ganz anders verlief die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre. Hier lösten sich in den letzten fünf Jahrzehnten mehrere Schulen ab – in der Nachkriegszeit wurde die keynesianische Wirtschaftskonzeption von den meisten Volkswirten ganz überwiegend geteilt. Es folgten zahlreiche Weiterentwicklungen, u.a. durch Neuinterpretationen der Mikroökonomie in Kombination mit keynesianischen Makromodellen, bekannt geworden als sog. Neoklassische Synthese. Im Zuge der ersten Wirtschaftskrisen zu Beginn der 1970er Jahre erfolgte eine Ablösung des Keynesianismus durch eine erneute Renaissance des neoklassischen Paradigmas, mit wirtschaftspolitischen Konzeptionen, die sich ordnungspolitisch als Neoliberalismus einordnen lassen (vgl. Kromphardt 1991, S.180). In den Folgejahren erlebte die Volkswirtschaftslehre eine Ausfächerung in Spezialdisziplinen – unter anderen in Angewandte Mikroökonomie, Konjunktur- und Wachstumstheorie, Geld- und Arbeitsmarkttheorie oder in neue Schulen wie diejenige des Neo-Institutionalismus. Mit der Dominanz der neoklassischen Konzepte weist sie allerdings ein starkes paradigmatisches Zentrum auf.

Wirkungsmächtig zeigte sich in den 1960er/70er Jahren zunächst der Keynesianismus, da die allmähliche Durchsetzung dieser Denkrichtung mit einer „Verwissenschaftlichung“ der Wirtschaftspolitik einherging. Die jährlichen Gutachten des 1963 ins Leben gerufenen „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ und eine Reihe anderer Expertisen verliehen dem ökonomischen Sachverstand zunehmende Bedeutung in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Jahr 1967 wurde das Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum verabschiedet, mit dem ein in sich teilweise widersprüchliches Ziel-Viereck verfolgt werden sollte: stabiles Preisniveau, hoher Beschäftigungsgrad, Förderung von konjunkturellem Ausgleich und Wachstum sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Mit Hilfe von Globalsteuerung und koordinierten Maßnahmen der Gebietskörperschaften hoffte man, wirtschaftliche Fehlentwicklungen vermeiden zu können. Als weitere Instrumente dazu sollten jährliche Wirtschaftsberichte der Bundesregierung dienen, außerdem die Abstimmung von Bund und Ländern bei ihrer mittelfristigen Finanzplanung und die Konzentrierte Aktion, bei der sich die Sozialpartner und die Gebietskörperschaften auf ein gemeinsames Vorgehen einigen sollten, um Arbeitskämpfe in Zukunft überflüssig zu machen.

Dieser Siegeszug des Interventionismus hatte in anderen westlichen Ländern, insbesondere in den USA und in Großbritannien, bereits sehr viel früher eingesetzt und eingefleischte radikal-liberale Ökonomen in Alarmstimmung versetzt. Die Renaissance von liberalen Konzeptionen des sich selbst steuernden Kapitalismus wurde begünstigt durch die teilweisen Misserfolge der Globalsteuerung, insbesondere bei der Inflationsbekämpfung.

„(...) mit dem Monetarismus wurde eine makroökonomische Theorie als Alternative zum Keynesianismus entwickelt, die nach Ansicht vieler Ökonomen die keynesianische Theorie widerlegt hat.“ (Kromphardt 1991, S.180)

Dass das neoklassische Denken seit Mitte der 1970er Jahre wieder mehr und mehr Terraingewinne verbuchen konnte, ist jedoch nicht allein dem Umstand zuzuschreiben, dass sich hier mehrere Fachleute in der Kritik an der zeitgenössisch vorherrschenden volkswirtschaftlichen Doktrin trafen. Der ideologische Erfolg des Neoliberalismus war auch das Ergebnis lang andauernder Bemühungen, die Überzeugung von der Überlegenheit freier Märkte mit Hilfe eines wohl organisierten Netzwerks durchzusetzen. Liberale Ökonomen und Politikwissenschaftler wie Raymond Aron, Friedrich v. Hayek, Ludwig v. Mises, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Walter Lippmann und andere fanden sich erstmals 1938 in Paris zu einer Konferenz zusammen, um dem nach der Weltwirtschaftskrise von 1930 diskreditierten Begriff des Liberalismus neues Leben einzuhauchen. Der Weltkrieg unterbrach diese Anstrengungen, die jedoch 1947 in der Schweiz wieder aufgenommen wurden, als die bis heute in der Öffentlichkeit wenig bekannte Mont-Pélerin-Society (MPS) begründet wurde. Von den deutschen Ökonomen der Nachkriegszeit waren unter anderem Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack Mitglieder der MPS. Inzwischen operiert sie mit über 500 Mitgliedern weltweit und hat in ca. 70 Denkfabriken bestimmenden Einfluss. Ziel des Netzwerkes war es, den Gedanken der „Freiheit“ durch die Einrichtung freier Märkte zu propagieren – als Alternative zur vorgeblichen „Knechtschaft“, die mit jeder Art von Staatsinterventionismus zwangsläufig verbunden sein sollte, egal ob es um den New Deal, keynesianische Wirtschaftspolitik, den Ausbau des Wohlfahrtsstaates oder die sowjetrussische Planwirtschaft ging. Ohne sich mit allzu vielen Differenzierungen aufzuhalten, wurde all dies von den Neoliberalen als „Sozialismus“ charakterisiert (vgl. Plehwe/Walpen 1999).

Friedrich v. Hayek wurde vor allem durch seine These vom Wettbewerb als „Entdeckungsprozess“ bekannt, aber auch andere MPS-Mitglieder steuerten in der Folge weitere wichtige Bausteine zum neoliberalen Theoriegebäude bei: Ronald Coase zu Transaktionskosten, George Stigler zur Notwendigkeit des Abbaus von staatlichen Interventionen, James Buchanan und Gordon Tullock zu Public Choice, Gary Becker zum Humankapital. Gerade v. Hayek war nicht nur bei der Theoriebildung aktiv beteiligt, sondern auch bei der praktischen Organisation des Netzwerkes. Er soll dabei ausgerechnet von Keynes beeindruckt gewesen sein, und zwar vom sozialphilosophischen Schlussteil in dessen *Allgemeiner Theorie*, in dem Keynes unter anderem feststellt, Praktiker seien „gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen“. Diese Abhängigkeit sollte nun, so erhoffte es v. Hayek, neu gestaltet und die Bedeutung sozialistischer

Theoretiker zurückgedrängt werden. Zu diesem Zweck wurden Konferenzen organisiert, Zeitschriften und Verlage ins Leben gerufen, Forschungsinstitute und Stiftungen eingerichtet. Mit ihrer Hilfe strebte man an, wie v. Hayek es des Öfteren explizit formulierte, das intellektuelle Klima zu verändern und den Neoliberalismus als „dominante Weltanschauung“ durchzusetzen. Dies gelang spätestens seit den 1980er Jahren. Zu den Mitgliedern der MPS gehörten seit 1974 nicht weniger als sieben Nobel-Preisträger – Friedrich v. Hayek, Milton Friedman, George Stigler, James Buchanan, Maurice Allais, Ronald Coase und Gary Becker. Doch die Effizienz dieses Zusammenschlusses beruhte auch darauf, dass es gelang, Kontakte in verschiedenste Richtungen – weit über die Grenzen der Wissenschaft hinaus – zu mobilisieren, also zu den Medien, zur Politik, zu Verbänden und zu internationalen Organisationen (vgl. Plehwe 2005).

Der nachhaltige und durchschlagende Erfolg des Neoliberalismus ist allerdings letztlich nicht mit einer übermächtigen „Verschwörung“ zu erklären, sondern im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Die Bundesrepublik und andere Länder hatten eine Reihe von Reformen durchgesetzt, die künftigen Wohlstand durch gezielte staatliche Interventionen garantieren sollten. Konjunkturschwankungen schienen ebenso steuerbar wie wirtschaftliches Wachstum, die staatlichen Finanzen, die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten oder das Bildungssystem. Doch diese hochgespannten Erwartungen ließen sich nur teilweise erfüllen und sämtliche Interventionen vermochten das Gespenst wirtschaftlicher Krisen nicht dauerhaft zu bannen. Dies wurde vor allem seit den 1970er Jahren sichtbar, als sich die früheren Wachstumsraten der „Wirtschaftswunder-Zeit“ abschwächten. Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen Mitte der 1970er Jahre gleichzeitig an, die Staatsverschuldung nahm zu, ohne dass es zu einer Belebung der ökonomischen Entwicklung gekommen wäre. Der Begriff der „Stagflation“ wurde geprägt, die Steuerungsfähigkeit der entwickelten kapitalistischen Ökonomien mit Hilfe staatlicher Interventionen wurde zunehmend in Frage gestellt. Auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen traten in eine neue Phase ein, so dass die Standortkonkurrenz und damit verbunden die Frage nach der „Überregulierung“ der nationalstaatlich organisierten Märkte zu wichtigen Themen wurden. In dieser Situation wurden monetaristische Konzeptionen zu einem führenden Ansatz, der weitreichende Unterstützung fand. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der in seinem Gutachten von 1977 eine explizite Wende hin zu neoklassischen Paradigmen vollzog (Kromphardt 1991, S. 203). In den folgenden Jahren wurde vor allem die mikroökonomische Fundierung der neoklassischen Makroökonomie weiter entwickelt. Es entstanden Modelle der Neu-klassischen Makroökonomie, die, auf der Basis zentraler Parameter wie rationaler Entscheidungsfindung, Marktträumungsthesen und Stabilität des privaten Sektors in der Wirtschaftspolitik den Vorrang der Preisstabil-

tät durchsetzten sowie die Deregulierung der Güter- und Faktormärkte, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen etc. propagierten. Den gut organisierten Ökonomen der MPS gelang es dabei entscheidende Machtpositionen in der Wissenschaft und in der Politik zu besetzen.

Das siegreiche Netzwerk war ein ausschließlich männlich geprägtes und sollte dies auch in der folgenden Zeit im Großen und Ganzen bleiben. Die Bereiche, in denen sich Volkswirtinnen vor und nach dem Ersten Weltkrieg in Ansätzen profilieren hatten können – Arbeiterfrage, Familienpolitik, öffentliche Fürsorge – spielten im Gedankengebäude der Neoliberalen allenfalls eine negative Rolle, da der Wohlfahrtsstaat Teil ihres sozialistischen Feindbildes war. Ein alternativer Zugang von Frauen zu volkswirtschaftlichen Studien schien zunächst nicht in Sicht.

Dies änderte sich jedoch Anfang bzw. Mitte der 1960er Jahre, als einige führende neoklassische Ökonomen sich erstaunlichen Strukturveränderungen auf den Arbeitsmärkten der entwickelten kapitalistischen Länder zuwandten. Entgegen den öffentlichen Erwartungen begannen verheiratete Frauen, deren Platz in der Familie und der Hausarbeit gesehen wurde, vermehrt Erwerbsarbeit zu suchen, „drängten“ in den Arbeitsmarkt und die expandierende Industrie stellte diese Frauen auch ein. Die steigende Frauenerwerbstätigkeit und ihre wachsende Bildungsbeteiligung wurden immerhin partiell zur Kenntnis genommen. So entwickelte sich in der Volkswirtschaftslehre eine geschlechtsdifferenzierende theoretische und empirische Richtung insbesondere in den Feldern Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Familienpolitik, und auch „alte“ Fragen, wie die nach den geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden, wurden wieder neu thematisiert. Ausgehend von den Gary Becker'schen Modellen hat sich die ökonomische Forschung mit dem Geschlecht und dem Geschlechterverhältnis in der Familie, mit dem Verhältnis zwischen den Haushalten und dem Arbeitsmarkt sowie mit den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern beschäftigt. Dabei dominiert, sowohl in der deutschen wie in der internationalen Arbeitsmarktforschung, die neoklassische Theorie weitgehend die empirischen wie auch die theoretisch konzeptionellen Arbeiten. Dagegen hat sich, insbesondere seit den 1990er Jahren, eine feministische Kritik an der Volkswirtschaftslehre entwickelt, die allerdings in sich selbst paradigmatisch widersprüchlich geblieben ist. Gleichwohl bestehen inhaltliche Anknüpfungspunkte zu anderen heterodoxen theoretischen Ansätzen (vgl. Maier 1994; Hoppe 2002).

Die Versuche, Frauen- und Geschlechterthemen oder geschlechtssensible Ansätze in die Wirtschaftswissenschaften zu integrieren, hatten bisher eher marginalen Erfolg. Bis heute sind die Standardlehrbücher in der Betriebswirtschaftslehre wie in der Volkswirtschaftslehre weitgehend „frei“ von geschlechtsdifferenzierenden Ansätzen, ganz im Gegensatz zu den US-amerikanischen Lehrbüchern, in denen eine solche Verankerung sehr viel besser gelungen ist. Diese

neuen Denkrichtungen gewannen in anderen Sozialwissenschaften, etwa in den Literaturwissenschaften, in der Pädagogik, in der Geschichte und in der Soziologie und ansatzweise selbst in den Technik- und Naturwissenschaften zunehmend an Bedeutung. Die ganz große Mehrheit der Betriebs- und Volkswirte hielt und hält sie jedoch für irrelevant. Für sie galt und gilt weitgehend immer noch, dass „der Mitarbeiter“, „der Konsument“ oder auch „der *homo oeconomicus*“, wie es seit jeher üblich war, geschlechtslos zu verstehen seien – was im allgemeinen darauf hinauslief, diese Personen selbstverständlich, aber unreflektiert als Männer zu identifizieren (Maier 1994, S. 20). Es kommt daher zu der paradoxen Situation, dass die große Zahl weiblicher Studierender im Laufe des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums niemals mit geschlechtsbezogenen wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen vertraut gemacht wird, das eigene Geschlecht also als nicht relevant für das Fach vermittelt wird (vgl. Fiedler et al. 2002).

6.3 Studierende und Geschlechterverhältnisse

Es war ein langer Weg, bis die Wirtschaftswissenschaften, darunter insbesondere das Fach Betriebswirtschaft, ihre dominante Position innerhalb des Fächerspektrums an den Hochschulen erringen sollten. Bis Mitte der 1970er Jahre nahm die absolute Zahl der Studierenden nur allmählich zu. Im WS 1969/70 erreichte sie in West-Berlin gerade den Wert von 1906/07 (der sich damals allerdings auf die Studierenden in ganz Berlin bezog (Zschaler 1998, S. 81ff.)). Wie auch der niedrige Anteil der Wirtschaftsstudierenden an allen Berliner Studierenden zeigt, stellten Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft bis dahin alles andere als Modefächer dar.

Für den Zeitraum bis Mitte der 1970er Jahre liegt keine Aufschlüsselung nach Fächern vor, aber es gibt Angaben zu den bestandenen Prüfungen, die Rückschlüsse auf deren Bedeutung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften erlauben. Die frühere Dominanz des Faches Volkswirtschaft war seit der zweiten

Tab. 12: Studierende der Wirtschaftswissenschaften an West-Berliner Hochschulen (absolut und in Prozent) 1959-1975

Semester	Studierende der Wirtschaftswissenschaften	Anteil an allen Studierenden in Berlin
WS 1959/60	1.180	6
WS 1964/65	1.518	6
WS 1969/70	1.688	7
WS 1974/75	1.582	3

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge

Hälfte der 1920er Jahre verloren gegangen, als erstmals mehr Studierende betriebswirtschaftliche Studiengänge wählten. Im Nationalsozialismus hatte dieser Trend angehalten und auch in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Betriebswirtschaftslehre – trotz des vorübergehenden Prestigegewinns der Volkswirtschaftslehre – das beliebtere Fach, allerdings konnte die Volkswirtschaftslehre in den 1970er Jahren ihre Präsenz leicht erhöhen. Das Studium zum Handelslehramt muss hier außer Betracht bleiben, weil die Daten lückenhaft sind, aber zumindest erkennen lassen, dass das Fach in seiner Bedeutung noch weit hinter derjenigen des Faches Volkswirtschaft zurückblieb.

Tab. 13: Bestandene Staats- und Diplomprüfungen in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern in West-Berlin (absolut und in Prozent der Fächer) 1954-1975

Semester	Volkswirtschaft		Betriebswirtschaft	
	Absolut	In %	Absolut	In %
WS 1954/55	41	30	97	70
WS 1959/60	63	31	138	69
WS 1964/65	53	30	121	70
WS 1969/70	118	36	210	64
WS 1974/75	150	36	269	64

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

Seit Mitte der 1970er Jahre nahm die Zahl der Studierenden im Fach Betriebswirtschaft stark zu – in Berlin im Laufe der 1980er Jahre um plus 97%, auf Bundesebene sogar um plus 175%. In den 1990er Jahren hielt der Anstieg in Berlin weiter an, fiel aber mit plus 31% nicht mehr ganz so hoch aus, auf Bundesebene betrug er plus 17%. Der im Bundesdurchschnitt hohe Wert für Berlin verdankte sich in dieser Zeit zu einem erheblichen Anteil dem Zuwachs durch die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Humboldt-Universität und an der FHTW, (frühere Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner). Die Volkswirtschaft zog zwar ebenfalls mehr Studierende als zuvor an, zeigte insgesamt jedoch ein wesentlich schwächeres Wachstum auf (Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik; Statistisches Bundesamt, Lange Reihen-Studierende).

Wie sehr sich das Gewicht der Betriebswirtschaftslehre im gesamten Fächerspektrum verändert hat, ist daran zu sehen, dass auf dieses Fach 1980 4% aller Studierenden entfielen, 2000 aber bereits 8% (Statistisches Bundesamt, Lange Reihen-Studierende, eig. Berechnung). Im Wintersemester 2002/03 hat sich das Fach überhaupt an die Spitze aller Studienfächer gesetzt – vor den Rechtswissenschaften, der Germanistik und der Medizin (Statistisches Bundesamt, Studierende an Hochschulen (...) WS 2002/2003, S. 41).

Tab. 14: Studierende der Wirtschaftswissenschaften an West-Berliner bzw. an Berliner Hochschulen (absolut und in Prozent der Fächer) 1975-2000

Jahr	Volkswirtschaft		Betriebswirtschaft		Andere wirtschaftswissenschaftliche Fächer ¹	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
1975	1.706	24	4.563	63	938	13
1980	1.453	25	3.719	63	747	13
1985	1.373	20	5.109	73	504	4
1990	1.677	18	7.335	78	412	1
1995	2.107	16	10.123	78	764	4
2000	2.174	17	9.594	77	742	5

1 Unter anderem Arbeitslehre, Wirtschaftspädagogik

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

Dabei gab es seit Mitte der 1990er Jahre eine deutliche Verschiebung von den Universitäten hin zu den Fachhochschulen. Deren Anteil an den Wirtschafts-Studierenden betrug in West-Berlin 1975 25%, im vereinigten Berlin 1995 aber bereits 35% und 2000 42%. Entsprechend verringerte sich der Stellenwert der Universitäten (Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, eig. Berechnung).

Einen noch stärkeren Wandel erlebte in den letzten fünfzig Jahren allerdings die Beteiligung der Frauen an den Wirtschaftsstudien. Die wachsenden Anteile seit den 1970er Jahren könnten vermuten lassen, dass es sich hier um eine allmähliche Entwicklung handelt, die ihren Ausgang in einer besonders niedrigen Beteiligung von Studentinnen in den 1950er Jahren nahm. Doch verbirgt sich dahinter ein Bruch, der am Beispiel des Hochschulinstituts für Wirtschaftskunde verdeutlicht werden kann. Diese Einrichtung entstand 1947 im Westteil von Berlin als Außeninstitut der früheren wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität und hatte die Ausbildung von Führungskräften im Abendstudium zur Aufgabe. Das Hochschulinstitut war auf unmittelbar berufspraktische Fächer hin orientiert, so dass der Schwerpunkt des Angebots auf der Vorbereitung zur Steuerprüfung und auf den propädeutischen Fächern lag. Anfang der 1950er Jahre war fast die Hälfte der Studierenden über 40 Jahre alt und viele der „Hörer“ waren weiblich. Der Direktor des Instituts stellte damals fest: „Der Anteil der weiblichen Höferschaft mit 20 % hält sich im Rahmen des Üblichen“ (zit. nach Schmidt 2004, S. 126).² Fünfzehn Jahre später gab es unter den Studierenden des ersten Semesters jedoch nicht mehr als drei Studentinnen. Die neue Normalität der Bundesrepublik des „Wirtschaftswunders“, in der weder stu-

2 Auch die Zahl der Frauen, die sich beim Berufsamt des Senats von Berlin der Prüfung zum Bilanzbuchhalter unterzogen, war damals ähnlich hoch.

dierende noch erwerbstätige Frauen eine große Rolle spielen sollten, hatte auch das Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde erreicht. Als im Mai 1967 der hundertste „staatlich geprüfte Betriebswirt“ seit Bestehen des Hochschulinstituts gefeiert wurde, waren unter den Absolventen der 1960er Jahre lediglich zwei weibliche. Frauen gehörten mittlerweile nicht mehr zum „Üblichen“ im Rahmen einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung (Schmidt 2004, S. 127). Wie stark die Beteiligung von Frauen bis Mitte der 1970er Jahre zurückging, wird an den Daten zu den bestandenen Prüfungen dieser Zeit deutlich.

Tab. 15: *Bestandene Staats- und Diplomprüfungen in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern in West-Berlin nach Geschlechtern (in Prozent aller bestandenen Prüfungen) 1954-1975*

Semester	Volkswirtschaft		Betriebswirtschaft	
	Studenten	Studentinnen	Studenten	Studentinnen
WS 1954/55	71	29	90	10
WS 1959/60	79	21	88	12
WS 1964/65	79	21	92	8
WS 1969/70	81	19	94	6
WS 1974/75	81	9	94	6

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

Doch bereits in den 1970er Jahren, noch bevor die große Expansion der wirtschaftswissenschaftlichen Fächer einsetzte, begann die Zahl der Studentinnen wieder anzusteigen, und dies insbesondere im Fach Betriebswirtschaft.

Der Anteil der Studentinnen erhöhte sich vor allem bei der Betriebswirtschaftslehre stetig, um im Jahr 2000 48% der Studierenden zu erreichen, bei den übrigen wirtschaftswissenschaftlichen Fächern sogar 70%, wobei diese aber von ihrer Bedeutung innerhalb des Fächerspektrums her eher marginal blieben. Etwas anders sah es bei der Volkswirtschaftslehre aus. Mitte der 1970er Jahre entsprach der Frauenanteil in etwa demjenigen an der Berliner Universität von 1930, 19%, allerdings bei höheren absoluten Zahlen. Er stieg in den folgenden Jahren zwar weiter an, erreichte aber mit 34% im Jahr 2000 lediglich den Stand der Betriebswirtschaft von 1990, hinkte dieser also hinterher.

Vergleicht man die Werte der Berliner Universitäten mit denjenigen der Fachhochschulen, so zeigt sich, dass seit Mitte der 1970er Jahre gerade die Fachhochschulen eine Vorreiterrolle bei der zunehmenden Feminisierung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien einnahmen. Sie wiesen von Anfang an relativ hohe Frauenanteile auf. Im Wintersemester 1975/76 studierten an der Berliner Fachhochschule für Wirtschaft 448 Frauen, was einem Anteil von 33% entsprach – einer zeitgenössischen Forscherin diente dieser Anteil allerdings als

Tab. 16: *Studierende der Wirtschaftswissenschaften an West-Berliner bzw. an Berliner Hochschulen nach Geschlecht und Fach (absolut und in Prozent aller Studierenden des Faches) 1975-2000*

Jahr	Volkswirtschaft			Betriebswirtschaft			Andere wirtschaftswissenschaftliche Fächer ¹		
	A ²	B ²	C ²	A	B	C	A	B	C
1975	1.409	297	17	3.754	809	18	755	183	20
1980	1.112	341	23	2.971	748	20	542	205	27
1985	1.018	355	26	3.647	1.462	29	331	173	34
1990	1.188	489	29	4.760	2.575	35	239	173	42
1995	1.465	642	30	5.721	4.402	43	314	450	59
2000	1.426	748	34	4.945	4.649	48	226	516	70

1 Unter anderem Arbeitslehre, Wirtschaftspädagogik

2 A: Studenten abs.; B: Studentinnen abs.; C: Anteil Studentinnen

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

Beleg für die Wirkung geschlechtsspezifischer Sozialisation, die Frauen von technischen und wirtschaftsnahen Studiengängen fernhielte (Schmidt-Harzbach 1977, S. 52). Während diese Einschätzung für die technischen Fächer vielleicht zutreffend war, entwickelten sich die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge in eine vollständig andere Richtung, sie wiesen in den folgenden Jahren stark steigende Frauenanteile auf.

Die wachsende Bedeutung der Fachhochschulen ging, wie in einschlägigen Studien festgehalten wurde, mit einer teilweisen sozialen Öffnung des Hochschulsystems einher. Anders als an den Universitäten, die nach wie vor in erster Linie von Angehörigen der mittleren und höheren Schichten frequentiert wurden, erwies sich das soziale Spektrum an den Fachhochschulen als breiter, so dass gerade sie am ehesten „als Kanäle für Bildungsaufstieg in der Generationen-

Tab. 17: *Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften an Berliner Hochschulen (absolut und in Prozent) 1975-2000*

Jahr	Universitäten		Fachhochschulen	
	Studentinnen absolut	Anteil Studentinnen in %	Studentinnen absolut	Anteil Studentinnen in %
1975	824	15	465	25
1980	1.070	22	224	23
1985	1.514	28	476	30
1990	2.414	32	823	41
1995	3.255	38	2.239	49
2000	3.151	43	2.762	53

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

folge“ fungierten (Bargel et al. 1989, S. 58; Bargel et al. 1999, S. 4). Diese Öffnung erreichte in besonderem Maß die Frauen, wobei sich allerdings ein bedeutender Unterschied zu den männlichen Kommilitonen zeigte. Genauso wie in den 1920er Jahren kamen an beiden Hochschularten Studentinnen häufiger als Studenten aus Elternhäusern mit höheren Bildungsabschlüssen (Bargel et al. 1989, S. 58).

Die für Berlin vorgelegten Daten entsprechen im Großen und Ganzen denjenigen aller bundesdeutschen bzw. deutschen Hochschulen. In sämtlichen Wirtschaftsstudiengängen – Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftspädagogik, Arbeitslehre, auch kleinere Studiengänge wie Touristik, Internationale BWL etc. – ist die Zahl der Studierenden stark gestiegen, so etwa allein in Betriebswirtschaftslehre seit 1973 um 491%: Sie hat sich also fast verfünffacht. Gleichzeitig hat die absolute Zahl der Studentinnen in den vergangenen Jahrzehnten in allen Fächern stark zugenommen und auch die Frauenanteile haben sich vergrößert. Im WS 1999/2000 waren mit 102.024 Studentinnen in den Wirtschaftsfächern mehr Frauen immatrikuliert als in Germanistik (61.865), in Jura (49.487) und den Erziehungswissenschaften (37.966). Die folgende Übersicht (vgl. Tab. 18) zeigt, wie die Wirtschaftswissenschaften von einem Männer- zu einem gemischten Studienfach und zum quantitativ wichtigsten Studienfach für junge Frauen wurden.

Tab. 18: Studierende insgesamt und Frauenanteile in ausgewählten wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen (jeweils Wintersemester) 1972-1999

	1972	1982	1992	1999
Studierende insges. ¹	726.900	1.198.330	1.834.341	1.773.956
– davon Frauen in %	32	38	40	45
Arbeitslehre	1.537	972	707	1.570
– davon Frauen in %	28	41	56	56
Wirtschaftspädagogik	2.741	5.029	5.374	5.546
– davon Frauen in %	17	39	52	53
BWL	28.077	57.352	136.001	138.114
– davon Frauen in %	10	29	35	40
VWL	12.277	17.826	25.379	21.937
– davon Frauen in %	15	28	31	34
Wirtschaftswissenschaften	16.597	39.259	72.047	77.574
– davon Frauen in %	11	26	32	36

¹ Alle Studierenden an Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen, ab 1992 inklusive Ostdeutschland)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsstatistik, VII C – 5.11

Hieran ist zu sehen, wie sehr die Dinge in Bewegung gekommen sind, und wie wenig die Vorstellung statischer Strukturen zutrifft. So folgert auch Windolf aus den Ergebnissen einer Befragung von 1989/90:

„Der wachsende Anteil von Frauen, die sich in den Fächern Betriebswirtschaft („Management“) und Jura einschreiben (...) vermittelt einen Eindruck von der Geschwindigkeit, mit der geschlechtsspezifische Typisierungen ihre Verbindlichkeit verlieren.“ (Windolf 1992, S. 96)

Ebenso wie Medizin galten diese beiden Studienfächer traditionellerweise als typisch männlich. Gerade Betriebswirtschaft, Jura und Medizin haben in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch eine besonders ausgeprägte Feminisierung erlebt (Multrus 2005, S. 23ff.).

Dies führt zu der Frage, welche Motive für die Wahl wirtschaftswissenschaftlicher Fächer bei Studierenden allgemein ausschlaggebend sind und inwieweit hierbei Geschlechterdifferenzen vorliegen – eine Thematik, der seit den 1980er Jahren in einer Reihe von Studierendensurveys nachgegangen wurde. Dabei war in den 1980er Jahren festzustellen, dass für Studierende *aller* Fächer weniger als früher das „Fachinteresse“ im Vordergrund stand, vermehrt dagegen „gute und sichere Berufschancen“, also der „ökonomische Ertrag“ eines Studiums. Als Trendsetter für diese neue Orientierung wurden die WirtschaftswissenschaftlerInnen ausgemacht. Für sie sei das Studium „Mittel zum Zweck“ und sie hätten davon weitgehend ein „Job-Verständnis“ (Liebau 1982, S. 102, 106; Bargel et al. 1989, S. 23, 70ff.). Die Untersuchungen der 1990er Jahre bestätigten diese Befunde. Wenn WirtschaftswissenschaftlerInnen nach dem erwarteten Nutzen eines Studiums gefragt wurden, nannten sie an Universitäten wie an Fachhochschulen als wichtigste Punkte: „Gutes Einkommen sichern“, „später interessante Arbeit finden“, „mehr über Fachgebiet erfahren“, „gute wissenschaftliche Ausbildung“. Sehr viel weniger wichtig waren ihnen dagegen Ziele wie „anderen Leuten helfen können“, „Verbesserung der Gesellschaft“ oder „alternative Lebensweisen erproben“ (Ramm/Bargel 1997; S. 29, Bargel et al. 1999, S. 9).

Vergleiche von Studentinnen und Studenten in den 1980er Jahren haben gezeigt, dass Frauen allgemein – also unabhängig von bestimmten Fächern – weniger Gewicht auf extrinsisch-materielle Motive als Männer legten (Bargel et al. 1989, S. 72). Dieser Befund wurde in neueren Studien jedoch relativiert:

„Die ideell-intrinsischen Motive führen Studentinnen stets etwas mehr an als Studenten. Das gilt für das spezielle Fachinteresse ebenso wie für die eigene Begabung als Kriterium für die Fachwahl.“

Aber:

„Unterschiede bestehen eher nach der Fachzugehörigkeit, weniger zwischen Studentinnen und Studenten.“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005b, S. 34)

Auch die Ergebnisse einer Untersuchung von Studierenden der Betriebswirtschaft an zwei Fachhochschulen, Lüneburg und Bernburg, weisen in diese Richtung. Die angehenden BetriebswirtInnen, die kurz vor ihrem Abschluss standen, wurden unter anderem danach befragt, welche Kompetenzen ihnen bei ihrer späteren beruflichen Tätigkeit vorrangig erschienen und worauf es ihnen bei einer künftigen Stelle besonders ankäme. In Bezug auf erforderliche Kompetenzen wurden in erster Linie Kommunikations- und Organisationsfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick und Führungsqualitäten genannt, in Bezug auf die eigenen Erwartungen an eine Arbeitsstelle standen für die meisten ein gutes soziales Klima, anspruchsvolle Arbeitsinhalte und die Verwirklichung eigener Ideen im Vordergrund – Orientierungen, die im übrigen im Gegensatz zur primären Karriereorientierung stehen, die Wirtschaftsstudierenden sonst in der Regel nachgesagt wird. Auch wenn diese Ergebnisse nicht unbesehen verallgemeinert werden können, bleibt festzuhalten, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei sämtlichen Antworten äußerst gering waren (Lischka 2002, S. 5ff.).

6.4 Wirtschaftsakademikerinnen im Berufsleben

Bereits in den 1920er Jahren hat die zuvor beschriebene tendenzielle Feminisierung der Büros eingesetzt, und sie wurde auch durch den Nationalsozialismus nicht unterbrochen. Die Frauenquote lag hier 1925 knapp unter 30% und stieg vor allem nach Kriegsbeginn stark an. Ab 1950 war die Mehrheit der Beschäftigten in den Büros weiblich (Willms-Herget 1985, S. 243). Dabei zeigte sich spätestens seit den 1970er Jahren ein Wandel der Qualifikationsanforderungen. Eine Erhebung bei Industriebetrieben ergab, dass dort „einfache“ Tätigkeiten, für die keinerlei Berufsvorbildung verlangt wurde und bei denen kurze Anlernzeiten ausreichten, zwar bei den Frauen noch für lange Zeit die vorherrschende Form der Beschäftigung bildeten – dazu gehörte etwa die Arbeit der Hollerith-Locherinnen, die Daten zur Verarbeitung auf Hollerith-Lochkarten eingaben. Gleichwohl nahm die Bedeutung derartiger Tätigkeiten nach den 1960er Jahren ab. Vielmehr entstand bei den Unternehmen ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften, die eine Lehre als Industriekauffrau oder als Industriekaufmann absolviert hatten und im Bereich der qualifizierten Sachbearbeitung eingesetzt werden konnten – sie stellten somit die Nachfolgerinnen der früheren Handelsschülerinnen dar, die als Kontoristinnen oder Buchhalterinnen gearbeitet hatten. Entgegen manchen zeitgenössischen Befürchtungen führte auch die zunehmende Verwendung von Büro-Maschinen, etwa von Diktaphonen oder Buchungsmaschinen, keineswegs zu einer Dequalifizierung der Beschäftigten. Im Gegenteil: Die Mechanisierung ermöglichte es vielfach erst, die wachsende Komplexität von Aufgaben zu bewältigen. Diese Entwicklung wirkte sich für Männer und

Frauen in den Industrieverwaltungen unterschiedlich aus: Für Männer nahmen anspruchsvolle Tätigkeiten zu, für die tariflich die höchsten Besoldungsgruppen galten, und bei denen selbständiges Arbeiten, die Übernahme von Verantwortung und sowohl Fachkenntnisse wie Berufserfahrung erwartet wurden. Gleichzeitig rückten die Frauen vermehrt in die mittleren Angestelltenpositionen nach (vgl. Grüning 1989, S. 12ff., 38ff.).

Im Gegensatz zu vielen anderen Berufen, die eindeutig als Männer- oder Frauenberufe typisiert waren, galt die Sachbearbeitung nach wie vor als weitgehend „geschlechtsneutral“ – hier waren Männer wie Frauen beschäftigt. Dennoch bildeten sich innerhalb des Spektrums dieser Angestelltentätigkeiten Bereiche heraus, die dem einen oder anderen Geschlecht zugewiesen wurden, so etwa der Außendienst bei Versicherungen den Männern, Sekretariatsarbeiten dagegen den Frauen (Heintz et al. 1997, S. 166).

Demgegenüber bestanden auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Kreisen der Wirtschaft immer noch gewisse Vorbehalte gegen die Beschäftigung von akademisch gebildeten Wirtschaftswissenschaftlern. Dies galt vor allem für die Bereiche des Handels und der Banken, in denen mittlere und höhere Positionen von „Praktikern“ besetzt wurden, die innerbetrieblich aufgestiegen waren. Bei den Kreditinstituten lag der Anteil von Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1940 bei 2,1%; bis 1970 erhöhte er sich lediglich auf 2,5%. Dagegen zeigte die Industrie bereits ein sehr viel größeres Interesse an Wirtschaftsakademikern, und zwar insbesondere die Großunternehmen der Elektrotechnischen und der Chemischen Industrie.

In diesem Kontext hatten die wenigen Frauen, die sich damals für ein Studium der Betriebswirtschaftslehre entschlossen, noch geringere Chancen als Männer, eine adäquate Position zu bekommen. In einer Stellungnahme der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung zu den damaligen Berufschancen von Wirtschaftswissenschaftlern heißt es im Jahr 1974:

„Die Gleichberechtigung ist auf diesem Teilmarkt des Arbeitsmarktes sicherlich noch nicht vollzogen. Man kann immer wieder feststellen, daß viele Firmen etwas gegen Akademikerinnen des Faches Wirtschaftswissenschaften haben. Sie befürchten, daß eine Dame, die mit Mitte bis Ende zwanzig Examen gemacht hat, vielleicht ein paar Jahre berufstätig ist und dann durch Heirat aus dem Berufsleben ausscheidet und daß sie sich als künftige Führungskraft zuwenig durchzusetzen vermag.“ (Kiefer 1974, S. 267)

Doch auch für die männlichen Absolventen sah die Zentralstelle nicht unbedingt glanzvolle Zukunftsaussichten. Zwar habe es in den vergangenen Jahren eine wachsende Zahl von diplomierten Kaufleuten und Volkswirten gegeben und die Nachfrage nach ihren Diensten sei im gleichen Maß gestiegen; für die Zukunft sei es jedoch zweifelhaft, ob sich eine derartige Entwicklung fortsetze:

„Hier muß vielleicht in Zukunft eine gewisse Umorientierung erfolgen, d.h., wenn alljährlich mehr Akademiker die Hochschule verlassen, insbesondere Wirtschaftsakademiker, werden sich manche auch Gebieten zuwenden müssen, von denen sie bisher angenommen haben, daß sie eines Akademikers ‚unwürdig‘ seien.“ (Kiefer 1974, S. 268)

Eine zeitgenössische Prognose sagte für 1980 ein Überangebot von 10.000 Wirtschaftswissenschaftlern voraus (Rodenstock 1976, S. 231).

Volkswirte fanden – wie auch bereits in den 1920er und 1930er Jahren – vorzugsweise eine Beschäftigung in Organisationen der Wirtschaft wie Arbeitgeberverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Wirtschaftsverbänden, außerdem im öffentlichen Dienst und bei Statistischen Ämtern (Netzold/Kiefer 1972, S. 21; Nemitz 1976, S. 240; Interview mit Notker Küng 1976, S. 82f.).

Die negativen Arbeitsmarktprognosen sollten sich in der Folgezeit allerdings nicht bewahrheiten, denn weder für die wachsende Schar der Betriebswirte noch für die Volkswirte war in den folgenden Jahren ein Arbeitsmarktproblem zu beobachten. Ihre Beschäftigungssituation war sehr viel weniger negativ tangiert von ökonomischen Konjunkturen und strukturellen Veränderungsprozessen wie diejenige anderer Akademikerinnen, so dass sie auch als Forschungsgegenstand der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kaum ins Visier genommen wurden. Es liegen praktisch keine Untersuchungen über die Arbeitsmarktsituation der WirtschaftsakademikerInnen vor.

„Über die Ökonomen – Betriebswirte, Diplom-Kaufleute, Diplomvolkswirte – wissen wir aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung relativ wenig. Das mag unter anderem daran liegen, dass sie – im Unterschied zu den Ingenieuren, Juristen und Mediziner – kaum Gegenstand eines gesellschaftspolitischen Diskurses gewesen sind; auch waren sie – anders als Lehrer – bislang keine Problemgruppe des Arbeitsmarktes (...). Dabei sind die Ökonomen keine kleine Gruppe von Erwerbstätigen (...). Es handelt sich außerdem um eine der am schnellsten wachsenden Absolventengruppen, die bisher nur sehr geringe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte.“ (Buttgereit 1992, S. 101)

Zu den Ökonominen findet sich kein Wort.

Im vorigen Abschnitt wurden die umwälzenden Veränderungen hervorgehoben, die sich beim Zugang der Geschlechter zu wirtschaftswissenschaftlichen Studien ergeben haben. Gleichzeitig ist allerdings zu beobachten, dass dieser Wandel die akademischen Institutionen selbst und die Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen in ihnen lange Zeit sehr viel weniger berührt hat. Betrachtet man zunächst die Periode bis Mitte der 1970er Jahre, in der die Anteile der weiblichen Studierenden von Wirtschaftsfächern gering waren und sich gegenüber der Nachkriegszeit sogar verminderten, so verwundert es kaum, dass auch die Zahl der weiblichen Lehrenden äußerst niedrig blieb. Es gab damals nicht mehr als vier

habilitierte Betriebswirtinnen. Liesel Beckmann schloss ihre Habilitation 1941 mit einer Arbeit zur Stellung des Handwerks in der Betriebswirtschaftslehre ab und wurde 1946 außerplanmäßige, 1956 ordentliche Professorin in München (Schwerpunkte: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bank-Betriebslehre). Rosemarie Kolbeck habilitierte sich 1967 mit einer Schrift zur Planung im Bankbetrieb und lehrte dann in Frankfurt/Main (Schwerpunkte: Bank-Betriebslehre, Investitions- und Finanzierungstheorie). Rosemarie Schweitzers Habilitationsschrift von 1968 befasste sich mit „Haushaltsanalyse und Haushaltsplanung“, ab 1969 lehrte sie in Gießen (Schwerpunkte: Wirtschaftslehre des Haushalts und der Verbrauchsforschung). Rosemarie Fackler verfasste 1969 eine Habilitationsschrift zum Obst- und Gemüsehandel und war dann an der TU Hannover tätig (Schwerpunkte: Gärtnerische Betriebslehre und Marktforschung) (Klein-Blenkers 1992, S. 120f.; Boedeker/Plath 1974, S. 243ff.). Die Zahl der habilitierten und auch in der Bundesrepublik lehrenden Volkswirtinnen lag demgegenüber etwas höher. Die folgende Liste (vgl. Tab. 19) enthält die von Boedeker/Plath ermittelten Professorinnen, geordnet nach dem Datum ihrer jeweiligen ersten Ernennung zur Professorin (ebd.).

Die Aufstellung zeigt, dass sich auch die Zahl der in der Bundesrepublik tätigen Volkswirtschafts-Professorinnen bis zu den 1970er Jahren in überschaubaren Grenzen hielt. Selbst Anfang der 1980er Jahre hatte sich noch nicht sehr viel verändert. Mohr berichtet für 1982 von einem Frauenanteil von 29% an den Studierenden, 11% an den Promotionen, 12% an den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen, 6% an den Hochschulassistentinnen und 2,7% an den Professuren in den Wirtschaftswissenschaften (Mohr 1987, S. 250). Diese 2,7% wurden durch 15 Professorinnen verkörpert – im Maschinenbau gab es dagegen 22 (ebd., S. 246f.). Erweitert man den zeitlichen Horizont über diese Periode hinaus, so ist in den 1990er Jahren eine leichte Zunahme des Frauenanteils sowohl bei den C4 wie bei den C2/C3-Professuren festzustellen, allerdings blieben die Anteile bei den C4-Professuren stets unter 5% und bei den C2/C3-Professuren unter 10% (Knapp 2006, S. 1). Eine Auswertung des Mitgliederverzeichnisses des Vereins für Socialpolitik von 1998 ergibt bei volkswirtschaftlichen Professuren in Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz einen durchschnittlichen Frauenanteil von rund 4%. Doch scheinen diese extrem niedrigen Werte zumindest in neuerer Zeit Änderungen zu erfahren. Bei den jüngeren Altersgruppen liegen die Anteile höher: rund 11% bei den 36-40jährigen und rund 14% bei den 41-45jährigen Professorinnen (Welsch/Ehrenheim 1999, S. 457).

Betrachtet man die Situation der an Hochschulen tätigen WirtschaftswissenschaftlerInnen insgesamt im Vergleich zu anderen Disziplinen, so erweist sich in allen Fällen die charakteristische Abstufung, dass die Frauenanteile um so geringer werden, je höher die betreffende Qualifikationsstufe ist. Aber auffallend

Tab. 19: *Habilitierte Wirtschaftswissenschaftlerinnen*

	Jahr und Thema der Habilitation	Professur (Jahr, Universität)	Fachliche Schwerpunkte
Gertrud Savelsberg	1930: Statistische Unterlagen zum Lohnproblem	A. o. Prof. 1944 Kiel	Sozialpolitik
Charlotte Lorenz	1927: Großhandelspreisindex in der Wirtschaftspraxis und Wirtschaftstheorie	Apl. Prof. 1956 Göttingen	Volkswirtschaftslehre, Statistik
Elisabeth Liefmann-Keil	1946: Konjunkturpolitische Probleme der Wohnungswirtschaft in Schweden	Ordinaria 1956 Saarbrücken	Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftspolitik
Ingeborg Esenwein-Rothe	1954: Die Verkehrseffizienz – Versuche einer Erfassung und Messung der raumwirtschaftlichen Leistung von angeschlossenen Nebenbahnen	Ordinaria 1963 Erlangen-Nürnberg	Statistik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Asta Hampe	1955: Die freie Mietpreisbildung	Ordinaria 1963 Marburg	Statistik, Wirtschaftskunde
Utta Barbara Gruber	1955: Einkommensanteile und Gesamteinkommen	Ordinaria 1965 Bochum	Sozialpolitik, Verteilungs- und Wachstumstheorie
Wilhelmine Dreissig	nicht bekannt	Ordinaria 1966 FU Berlin	Finanzwissenschaft, Geldpolitik
Eva Bössmann	1964: Die ökonomische Bedeutung von Kommunikationsbeziehungen in Organisationen	Ordinaria 1966 TU Berlin	Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftstheorie
Lore Kullmer	1959: Die Ehegattenbesteuerung, ihre Geschichte, Problematik und Neuregelung in Deutschland unter Berücksichtigung der Erfahrungen in den USA	Ordinaria 1967 FU Berlin	Volkswirtschaftslehre, Finanzpolitik, Sozialpolitik

Quelle: Boedecker/Plath 1974

ist auch, dass die Werte bei den WirtschaftswissenschaftlerInnen auf sämtlichen Stufen unter dem allgemeinen Niveau liegen. So betragen die Frauenanteile nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 1999 bei allen Wissenschaftlich-künstlerischen Mitarbeiterinnen 27%, in den Wirtschaftswissenschaften dagegen nur 25%, bei allen DozentInnen und AssistentInnen 25%, in den Wirtschaftswissenschaften nur 22%, bei ProfessorInnen 9%, in den Wirtschaftswissenschaften nur 8% (Fiedler et al. 2002, S. 250).

Tab. 20: *Frauenanteile in verschiedenen wissenschaftlichen Positionen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an Universitäten 1982-2002*

Jahr	C 4, W 3		C 3, W 2		C 2, W 1		Wissenschaftliche MitarbeiterInnen	
	BWL	VWL	BWL	VWL	BWL	VWL	BWL	VWL
1982	0	3	3	7	4	0	11	16
1987	0	1	3	4	5	0	12	19
1992	3	2	5	3	8	4	22	25
1997	1	4	7	2	11	23	27	27
2002	1	4	10	6	15	17	29	29

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistik, VI B

Auf den höchsten Ebenen des akademischen Lebens, bei den Besoldungsstufen C 4 (bzw. W 3) und C 3 (bzw. W 2) sind die Geschlechterverhältnisse weitgehend unverändert, mit Ausnahme des starken Zuwachses von C 3/W 2-Professorinnen im Bereich der Betriebswirtschaftslehre. Auf den darunter liegenden Stufen der C 2/W 1-Professuren und der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen gibt es jedoch deutliche Zuwächse des weiblichen Personals, und zwar sowohl bei der Betriebswirtschaftslehre wie bei der Volkswirtschaftslehre – dies, obwohl sich die Frauenanteile bei den Studierenden in den beiden Fächern noch deutlich unterscheiden. Die relativen Chancen der studierten Volkswirtinnen auf eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin waren damit besser als die der Betriebswirtinnen. Trotz dieser leichten Veränderungen ist der Hochschulbereich für die studierten Wirtschaftsakademikerinnen immer noch kein leicht zugängliches Feld.

Zahlen für 2003 zeigen, dass hierbei Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen bestehen. An den Universitäten lag der Frauenanteil bei den wirtschaftswissenschaftlichen Professuren mit rund 6% (oder 87 Frauen) unter dem Durchschnitt aller Fächer von rund 11%. Dagegen waren die Fachhochschulen – ähnlich wie bei den Studentinnen – etwas fortgeschrittener in der Herstellung geschlechterparitätischer Verhältnisse. Hier waren 14% der ProfessorInnen in den Wirtschaftswissenschaften Frauen, insgesamt 339, was leicht über dem Durchschnitt aller Fächergruppen an Fachhochschulen liegt (Statistisches Bundesamt 2003, Personal an Hochschulen). Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt somit ansatzweise Veränderungen, bei denen die Fachhochschulen eine Vorreiterstellung einnehmen.

Bevor wir die Situation der Wirtschaftsakademikerinnen in der jüngsten Vergangenheit analysieren, werfen wir noch einen Blick auf die deutlich andere Entwicklung in der DDR. Dort entwickelten sich die Wirtschaftswissenschaften nämlich sehr schnell zu einem Fach mit hohem Frauenanteil, und auch im Arbeitsmarkt waren Ökonominen keine Minderheit in ihrem Berufsfeld.